

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Inge Höger, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/5279 –**

### **Ausländische Streitkräfte in Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Mit dem Aufenthaltsabkommen von 1954 und dem NATO-Truppenstatut von 1951 wurde die Grundlage für den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in Deutschland geschaffen. Seitdem wurden zusätzliche Vereinbarungen wie das Zusatzprotokoll zum NATO-Truppenstatut, die deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Stationierung von Atomwaffen oder das Streitkräfteaufenthaltsgesetz beschlossen, die die Rechte und Pflichten der ausländischen Streitkräfte und der Bundesregierung festlegen. Bis heute gibt es keine umfassende regelmäßige Unterrichtung der Bundesregierung über den Aufenthalt und die Tätigkeiten ausländischer Streitkräfte in Deutschland sowie über die gewährten Sonderrechte. Diese Unterrichtung fehlt, obwohl davon weite Teile der Bevölkerung in der Umgebung der Liegenschaften und Übungsgebiete direkt betroffen sind – wie die zahlreichen Klagen von Anwohnerinnen und Anwohner von US-amerikanischen und britischen Militärstandorten über massive Lärmbelastung und Umweltschäden belegen. Zudem wird durch diese Abmachungen der Bundeshaushalt belastet und werden zentrale Fragen zur Durchsetzung des Grundgesetzes, der Einhaltung des Völkerrechts und der Souveränität Deutschlands unmittelbar davon berührt.

In den letzten 10 Jahren wurde insbesondere durch die US-Streitkräfte deutlich vor Augen geführt, wie groß die Defizite in der Transparenz und Kontrolle der Aktivitäten der ausländischen Streitkräfte sind. Die Nutzung des deutschen Luftraums durch die USA für illegale Verschleppungen mutmaßlicher Terroristen sowie die Verschiebung von Truppen für den Angriff auf den Irak ohne Mandat der Vereinten Nationen, die Unklarheiten bezüglich der Menge der in Deutschland stationierten Atomwaffen, die Einrichtung und der Betrieb von Führungsstäben für unilaterale US-Militärinterventionen, wie z. B. United States African Command (AFRICOM) bei Stuttgart für Afrika, und nicht zuletzt die Sonderrechte für militärische Übungen unterstreichen die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit regelmäßig hierüber zu informieren und darüber Auskunft zu geben, wie die rechtlichen Vorgaben umgesetzt werden.

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Beim Aufenthalt von ausländischen Truppenverbänden auf deutschem Hoheitsgebiet ist generell zwischen der Rechtsgrundlage der Truppenstationierung (Recht zum Aufenthalt) und der Rechtsstellung der stationierten Truppen (Recht des Aufenthalts) zu differenzieren. Das Recht zum Aufenthalt ergibt sich aus dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 (Aufenthaltsvertrag; BGBl. 1955 II S. 253). Das Recht des Aufenthalts ergibt sich aus dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen vom 19. Juni 1951 (NATO-Truppenstatut; BGBl. 1961 II S. 1190) sowie dem Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen vom 3. August 1959 (Zusatzabkommen; BGBl. 1961 II S. 1183, 1218). Das Zusatzabkommen wurde nach Herstellung der deutschen Einheit durch Abkommen vom 18. März 1993 umfassend geändert (BGBl. 1994 II S. 2594).

1. Wie viele Truppen aus welchen Staaten waren zwischen 2001 und 2011 in welchen Bundesländern dauerhaft stationiert, und welchen Umfang hatte jeweils das zivile Gefolge (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, ausländischen Streitkräften und Bundesland)?

Zur dauerhaften Stationierung von Truppen und zivilem Gefolge liegen der Bundesregierung Daten aus den Jahren 2006 und 2009 vor. Siehe Beilage zu Frage 1. Eine vertraglich festgelegte Berichtspflicht der ausländischen Streitkräfte besteht nicht. Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

2. Wie viele dieser Truppen waren zum Zeitpunkt ihrer Stationierung der NATO zugewiesen und hielten sich auf Grundlage des NATO-Truppenstatuts in Deutschland auf?

Alle.

3. Wie viele Truppen aus welchen Staaten hielten sich zwischen 2001 und 2010 für militärische Übungen in welchen Bundesländern auf (bitte jeweils nach Jahren aufgeschlüsselt)?

Grundlage für die Erhebung sind die vorliegenden Anmeldungen von Übungen ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Auf Grund der Vorschriften zur Aufbewahrung von Schriftgut müssen die nachfolgenden Angaben, insbesondere für die Jahre 2001 bis 2007, hinsichtlich ihrer Vollständigkeit ohne Gewähr bleiben. Siehe Beilage zu Frage 3.

4. Wie viele Truppen aus welchen Staaten nutzten zwischen 2001 und 2010 Deutschland als Zwischenstopp bzw. Transitland?

Unterlagen über Ein-/Durchreisen in und durch die Bundesrepublik Deutschland durch ausländische Streitkräfte werden maximal sechs Jahre aufbewahrt.

Angehörige der Streitkräfte nachfolgender Nationen reisten in den Jahren 2004 bis 2010 in die Bundesrepublik Deutschland ein bzw. nutzten die Bundesrepublik Deutschland als Transitland:

Albanien, Argentinien, Australien, Weißrussland, Belgien, Bosnien-Herzegovina, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich,

Georgien, Griechenland, Großbritannien, Irak, Irland, Israel, Italien, Kanada, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Oman, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Rumänien, Russland (Föderat.), Serbien und Montenegro, Serbien, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Syrien, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn und Vereinigte Staaten von Amerika.

Die Gesamtstärken der Angehörigen der Streitkräfte dieser Nationen betragen:

2004 50 734 Angehörige der Streitkräfte  
 2005 56 914 Angehörige der Streitkräfte  
 2006 47 912 Angehörige der Streitkräfte  
 2007 65 561 Angehörige der Streitkräfte  
 2008 54 707 Angehörige der Streitkräfte  
 2009 67 825 Angehörige der Streitkräfte  
 2010 58 594 Angehörige der Streitkräfte.

5. Wie erfasst und kontrolliert die Bundesregierung die Aktivitäten und Personalstärke ausländischer Streitkräfte in Deutschland, und welche regelmäßigen Berichtspflichten gibt es seitens der ausländischen Streitkräfte über ihre in Deutschland stationierten Truppen?

Nach Artikel 1 Absatz 2 des Aufenthaltsvertrags darf die Effektivstärke der nach dem Vertrag in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden. Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Zusatzabkommens arbeiten die Stationierungstruppen und die deutschen Behörden eng zusammen; sie halten enge gegenseitige Verbindung (Artikel 3 Absatz 3a). Nach Artikel 6 Absatz 3 werden die deutschen Behörden auf Verlangen von den Behörden der Truppe über die Zahl der Mitglieder des zivilen Gefolges und der Angehörigen unterrichtet.

Darüber hinaus sind zu einzelnen Bereichen der Zusammenarbeit Mitwirkungs- oder Genehmigungspflichten niedergelegt, die ein angemessenes Zusammenwirken der Stationierungstruppen und der Bundesregierung sowie anderer deutscher Stellen gewährleisten, u. a. bei der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit, der Abhaltung von Manövern außerhalb der den ausländischen Truppen überlassenen Liegenschaften, im Bereich des Gesundheitswesens, beim Umweltschutz sowie hinsichtlich des Betriebs von Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen.

6. Welche Liegenschaften (Übungsplätze, Kasernen, Testgelände, Wohnareale, etc.) werden welchen ausländischen Streitkräften mit Stand 1. Januar 2011 dauerhaft zur Verfügung gestellt (bitte mit Angabe der Größe der Liegenschaften)?

Zum Stand 1. Januar 2011 waren den ausländischen Streitkräften bzw. dem NATO-Hauptquartier in Deutschland nachfolgende Flächen und Wohneinheiten überlassen:

Streitkräfte	Überlassene Gesamtfläche (ha)	Anzahl überlassene Wohnungen
Amerikanische Streitkräfte	53 870	24 226
Britische Streitkräfte	21 037	12 074
Französische Streitkräfte	196	1 431
Belgische Streitkräfte	0,3	4

Streitkräfte	Überlassene Gesamtfläche (ha)	Anzahl überlassene Wohnungen
Kanadische Streitkräfte	0	6
Niederländische Streitkräfte	11	178
NATO Hauptquartiere	2	0

Auf diesen Flächen befinden sich Kasernen, Flugplätze, Übungsplätze, Schießstände, Depots, Nachrichtenanlagen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Offizierkasinos, Hotels, Sportanlagen, Werkstätten, Panzerstraßen, Ein- und Verkaufseinrichtungen, Schulen, Kirchen, Apotheken, Kinos, Kindergärten sowie Friedhöfe.

7. Welche Übungsplätze wurden seit 2001 von ausländischen Streitkräften in Deutschland genutzt (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach den Nutzerstaaten und der Häufigkeit der Nutzung)?

Im Jahr 2001 sowie zum Stichtag 1. Januar 2011 waren den amerikanischen Streitkräften die Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und der Luft-/Bodenschießplatz Siegenburg mit einer Gesamtgröße von rund 39 250 ha und den britischen Streitkräften die Truppenübungsplätze Senne und Haltern mit einer Gesamtgröße von rund 15 000 ha überlassen. Hinzu kommen kleinere Standortübungsplätze.

Bis zum Jahr 2005 haben die belgischen Streitkräfte die Truppenübungsplätze Wahner Heide und Vogelsang mit einer Gesamtgröße von rund 8 000 ha genutzt. Nachweise über die Nutzung der Truppenübungsplätze der Bundeswehr werden nur drei Kalenderjahre lang aufbewahrt. Siehe Beilage zu Frage 7.

8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die zukünftigen Planungen der NATO-Staaten für ihre militärische Präsenz in Deutschland?
- a) Welche Liegenschaften sollen von welchen NATO-Streitkräften in den nächsten 10 Jahren abgegeben werden?

Die britischen Streitkräfte planen die Freigabe sämtlicher überlassener Liegenschaften in Deutschland bis zum Jahr 2020. Die Amerikanischen Streitkräfte beabsichtigen, bis zum Jahr 2015 sämtliche ihnen überlassene Liegenschaften im Großraum Mannheim und Heidelberg freizugeben.

- b) Wie wird sich die Personalstärke der NATO-Streitkräften in Deutschland in den nächsten 10 Jahren entwickeln?

Die Entwicklung der Personalstärken hängt von den noch nicht abgeschlossenen Planungen der Partnernationen ab.

9. Welche Kosten sind der Bundesregierung, ihren untergeordneten Behörden, den Bundesländern sowie den Kommunen jeweils zwischen 2001 und 2010 für die Stationierung ausländischer Soldaten in Deutschland angefallen
- a) für Baumaßnahmen,
- b) für Infrastrukturmaßnahmen außerhalb der genutzten Liegenschaften,
- c) für die Wasser- und Energieversorgung,

Nach den völkerrechtlichen Verträgen (NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen) tragen die ausländischen Streitkräfte die Kosten für die Stationierung

ihrer Truppen in Deutschland grundsätzlich selbst. Insbesondere tragen sie die Kosten ihrer Bau- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die laufenden Bewirtschaftungskosten der von ihnen genutzten Liegenschaften.

Die Baumaßnahmen werden durch die Bauverwaltungen der Länder durchgeführt. In diesem Zusammenhang trägt die Bundesrepublik Deutschland den Anteil an Kosten für Leistungen der Bauverwaltungen der Länder, die gemäß den bestehenden Vereinbarungen nicht durch die Gaststreitkräfte zu erstatten sind. Siehe Beilage zu Frage 9.

d) für die Beseitigung von Schäden,

e) für sonstige Verwendungen

(bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Streitkräften)?

Die Bundesrepublik Deutschland trägt zusätzlich – wie die anderen NATO-Staaten auch, in denen fremde Streitkräfte stationiert sind – bestimmte Verteidigungsfolgekosten. Dazu zählen beispielsweise Überbrückungsbeihilfen für die ehemaligen deutschen zivilen Arbeitskräfte der Streitkräfte, die Erstattung von durch die Streitkräfte getätigten Investitionen (nach Veräußerung einer zurückgegebenen Liegenschaft) sowie Kosten für Grundsteuern und für die Regulierung von Schäden. Diese Ausgaben des Bundes für Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der alliierten Streitkräfte sind im Bundeshaushaltsplan im Einzelplan 08, Kapitel 14 veranschlagt.

Die Ausgaben des Bundes hierfür beliefen sich in den Jahren 2001 bis 2010 auf:

Jahr	in Mio. Euro
2001	106,3
2002	126,2
2003	119,1
2004	122,7
2005	112,3
2006	80,2
2007	59,1
2008	44,7
2009	43,1
2010	45,8

Informationen zu Ausgaben von Ländern und Kommunen liegen der Bundesregierung nicht vor.

10. In welcher Höhe wurden die in Frage 9 zwischen 2001 und 2010 angefallenen Kosten mit anderen Leistungen der NATO-Staaten für die Bundeswehr verrechnet?

Die in Frage 9 angesprochenen Kosten wurden nicht mit Leistungen der NATO-Staaten für die Bundeswehr verrechnet.

11. Wie vielen ausländischen Unternehmen wurden seit 2005 Vergünstigungen auf Grundlage des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, u. a. durch Artikel 72 Absatz 4 des Nato-Truppenstatut-Zusatzabkommens (ZA-NTS) eingeräumt (bitte jeweils unter Angabe der Tätigkeiten in Deutschland und der Dauer und Art der gewährten Vergünstigung)?

Im Zeitraum Januar 2005 bis Februar 2011 wurden insgesamt 292 ausländischen Unternehmen aus den USA Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens gewährt.

Bei den Vergünstigungen handelt es sich um Befreiungen von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe, ausgenommen Vorschriften des Arbeitsschutzrechts, zugunsten der Unternehmen. Keines der Unternehmen erhält Befreiungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe a: Befreiung von Steuern, Zöllen, Einfuhr- und Wiederausfuhrbeschränkungen und Devisenkontrolle, da dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht notwendig ist. Unter den Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 5 des Zusatzabkommens werden den ausschließlich für diese Unternehmen tätigen Angestellten die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges (Artikel X des NATO-Truppenstatuts).

Die Dauer der Privilegierung liegt zwischen zwei Monaten und fünf Jahren und orientiert sich an der Laufzeit des jeweiligen Vertrages, den die ausländischen Streitkräfte mit diesen Firmen abschließt. Die aufgrund dieser Vereinbarungen begünstigten Tätigkeiten beziehen sich auf zwei Bereiche:

Analytische Dienstleistungen: 207 Unternehmen

Tätigkeiten:

Planner (Military Planner, Combat Service Support Analyst, Material Readiness Analyst, Senior Movement Analyst, Joint Staff Planning Support Specialist),

Analyst (Senior Principle Analyst, Intelligence Analyst – Signal Intelligence, Intelligence Analyst – Measurement and Signature, intelligent Analyst – Counterintelligence/Human Intelligence, Military Intelligence Planner, All Source Analyst, Analyst/Force Protection, Senior Military Analyst, Senior Engineer – Operational Targeteer, Senior System Analyst, Senior Engineer – Senior Intelligence System Analyst, HQ EUCOM Liaison (LNO)/Senior Analyst und Subject Matter Expert, Interoperability Analyst, Senior Analyst, EAC MASINT Analyst, EAC MASINT Senior Analyst, EAC MASINT Analyst – Imagery, Science Analyst, Management Analyst, Senior Engineer – Operations Engineer, System Engineer – Senior Engineer und Senior System Engineer).

Truppenbetreuung: 85 Unternehmen

Tätigkeiten:

Ärzte, Zahnärzte, Arztassistenten, Zahnhygiene-Fachpersonal, Apotheker, Koordinatoren für medizinische Dienstleistungen, Physiotherapeuten, Beschäftigungstherapeuten, Kinderpsychologen, Spezialausbilder und Projektmanager im Bereich der Früherkennung, Sozialarbeiter, Logopäden, Hörgeräteakustiker, Psychotherapeuten, Krankenschwestern, Sozialarbeiter in der Familienbetreuung, Drogenberater, militärische Laufbahn- und Berufsberater, Eignungsprüfer und Ausbilder,

IT-Bereich: Systemverwalter, Systemsoftwaretechniker, Systemspezialist, Projekt- und Programmmanager.

12. Wie kontrolliert die Bundesregierung, dass die Tätigkeiten dieser Unternehmen sich nicht auf militärische Dienstleistungen erstrecken, die mit dem Auftrag der NATO in Deutschland nichts zu tun haben?

Wie in der Antwort zu Frage 14 näher erläutert wird, kommt es für die Anwendung des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens nicht darauf an, ob die Aktivitäten in einem Zusammenhang mit den Aufgaben der NATO stehen. Entsprechendes gilt für die Aktivitäten der Unternehmen, die für die Stationierungstreitkräfte in Deutschland arbeiten.

13. In wie vielen Fällen wurden dabei Verstöße festgestellt?

Der Bundesregierung sind keine Verstöße bekannt geworden.

14. Dürfen sich in Deutschland aufgrund des NATO-Truppenstatutes stationierte Einheiten an militärischen Interventionen beteiligen, die nicht von der NATO beschlossen worden sind,
- a) und wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlage und unter welchen Bedingungen?
- b) und wenn nein, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine Beteiligung dieser Einheiten auszuschließen?

Wie in der Vorbemerkung der Bundesregierung dargelegt, richtet sich das Recht der ausländischen Streitkräfte zum Aufenthalt nach dem Aufenthaltsvertrag. Das NATO-Truppenstatut findet nach seinem Artikel I Buchstaben a bis c Anwendung auf das Personal ausländischer Streitkräfte (sowie des zivilen Gefolges und der Angehörigen) einer jeden Vertragspartei des Abkommens, das sich „im Zusammenhang mit seinen Dienstobliegenheiten“ in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Ein Aufenthalt in „NATO-Mission“ oder ein Tätigwerden auf der Grundlage eines „NATO-Beschlusses“ gehört nicht zu den Voraussetzungen.

15. Dürfen sich in Deutschland stationierte Einheiten an militärischen Interventionen beteiligen, die nicht auf Grundlage eines Mandates der Vereinten Nationen erfolgen,
- a) und wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlage und unter welchen Bedingungen?
- b) und wenn nein, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine Beteiligung dieser Einheiten auszuschließen?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen. Das Recht der ausländischen Streitkräfte zum Aufenthalt richtet sich nach dem Aufenthaltsvertrag. Das NATO-Truppenstatut findet Anwendung auf das Personal ausländischer Streitkräfte einer jeden Vertragspartei des Abkommens, das sich „im Zusammenhang mit Dienstobliegenheiten“ in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Ein Aufenthalt oder Tätigwerden „aufgrund eines Mandats der Vereinten Nationen“ gehört nicht zu den Voraussetzungen.

16. Unter welchen Bedingungen ist die Vorbereitung und Durchführung militärischer Operationen, die außerhalb der NATO stattfinden, durch in Deutschland stationierte ausländische Streitkräfte mit dem Grundgesetz vereinbar?

Auf die Vormerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen. Die Anwendung der beiden Verträge und somit das Recht zum Auf-

enthalt wie das Recht des Aufenthalts ist nicht auf die Vorbereitung und Durchführung von NATO-Operationen beschränkt. Diese Verträge sind mit dem Grundgesetz vereinbar.

17. Über welche rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten verfügt die Bundesregierung, um die Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen von deutschem Territorium aus oder unter Nutzung des deutschen Luftraums zu unterbinden?

Auf die Antwort zu Frage 18 wird verwiesen.

18. Wie will die Bundesregierung in Zukunft gewährleisten, dass die im Rahmen des NATO-Truppenstatutes und der Zusatzabkommen in Deutschland stationierten Streitkräfte sich nicht an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und anderen militärischen Interventionen außerhalb der NATO beteiligen und auch nicht die vorhandene Infrastruktur für die Vorbereitung und Durchführung nutzen?

Die Bundesregierung – wie auch die Regierungen der Länder – arbeiten eng mit den Behörden der Stationierungsstreitkräfte zusammen. Die Entsendestaaten der Stationierungsstreitkräfte gehören zu den engen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland. Es besteht keine Veranlassung zu der Annahme, die Stationierungsstreitkräfte würden an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen teilnehmen.

19. Trifft es zu, dass die nach NATO-Truppenstatut und Zusatzprotokoll gewährten Rechte für ausländische Streitkräfte nur dann gelten, wenn deren Anwesenheit und Auftrag der Erfüllung der NATO-Doktrin dienen?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen. Die Anwendung der beiden Abkommen ist nicht auf Aufträge zur Umsetzung von Beschlüssen der NATO beschränkt.

20. Wie ist das Aufgabenspektrum der rein US-amerikanischen Führungskommandos United States European Command (EUCOM) und AFRICOM in Stuttgart, die der Koordination von unilateral durchgeführten militärischen Interventionen der USA in Europa und Afrika dienen und keinen NATO Auftrag haben, vereinbar mit den Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, die auf eine Nichtvereinbarkeit der Aufgaben von EUCOM und AFRICOM mit den Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts oder des Zusatzabkommens hindeuten, zumal, wie zu Frage 14 erläutert, diese Verträge keine Beschränkung auf NATO-Operationen enthalten. Darüber hinaus ist der Bundesregierung nicht bekannt, dass EUCOM und AFRICOM unilaterale militärische Interventionen koordinieren.

21. Wie gewährleistet die Bundesregierung, dass die im NATO-Truppenstatut und den Zusatzprotokollen eingeräumten Rechte für die ausländischen NATO-Streitkräfte in Deutschland nicht missbraucht werden?

In der Antwort zu Frage 5 wurde auf die enge Zusammenarbeit zwischen deutschen Stellen und der ausländischen Truppe hingewiesen. Zusätzlich ist auf die Bestimmungen in Artikel 53 des Zusatzabkommens (einschließlich Absatz 4 des Unterzeichnungsprotokolls) zur Nutzung der den Stationierungsstreitkräf-



ten zur Nutzung überlassenen Liegenschaften hinzuweisen. In Problemfällen, in denen sich der Verdacht eines Missbrauchs von Rechten aus dem NATO-Truppenstatut oder dem Zusatzabkommen ergibt, arbeiten die zuständigen Stellen beider Seiten vertrauensvoll zusammen. Dies folgt aus besonderen Bestimmungen zu Einzelbereichen, etwa Artikel XIII des NATO-Truppenstatuts und Artikel 74 des Zusatzabkommens oder aus den allgemeinen Vorschriften zur Streitbeilegung, wie Artikel XVI des NATO-Truppenstatuts.

22. In wie vielen Fällen ist die Bundesregierung seit 2000 aufgrund von Verstößen gegen diese Vereinbarungen aktiv geworden (bitte unter Nennung des Anlasses)?

Im angegebenen Zeitraum wurden der Bundesregierung keine Verstöße gegen das NATO-Truppenstatut oder das Zusatzabkommen bekannt. Sie war in diesem Zeitraum jedoch mit dem Vorwurf einer Rechtsverletzung im Zusammenhang mit der US-Verbringung von Gefangenen über deutsches Staatsgebiet befasst.

23. Gelten für die ausländischen Streitkräfte, die sich auf Grundlage des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzabkommen in Deutschland dauerhaft oder temporär aufhalten die gleichen Umwelt- und Lärmschutzaufgaben bzw. die gleichen Gesetze wie für die Bundeswehr, und wenn nicht, warum nicht (bitte jeweils unter Angabe der Abweichungen von den Aufgaben für die Bundeswehr)?

Ja.

24. Wie kontrolliert die Bundesregierung die Einhaltung der Umwelt- und Lärmschutzbestimmungen in und um die Standorte und Truppenübungsplätze der NATO-Truppen?

Die Aufsichtsbehörden der Bundeswehr – auch zuständig für die Gaststreitkräfte – überwachen die Einhaltung der technischen Umweltschutz- und Lärmschutzbestimmungen – soweit gesetzlich übertragen – durch regelmäßige Besichtigungen der Anlagen und Durchführung von Immissionsschutzmessungen. Des Weiteren wird immissionsschutzrechtlichen Beschwerden von Anwohnern, die anlagenbezogen sind, nachgegangen, die Sachverhalte ermittelt und überprüft, und ggf. im Rahmen von Konsultationen mit den Gaststreitkräften auf Abstellung hingewirkt.

25. Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, haben die Bundesländer und Kommunen, die Einhaltung der vereinbarten Umwelt- und Lärmschutzbestimmungen durchzusetzen?

Das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) sehen hier zur Problemlösung ein Konsultationsverfahren gemäß Artikel 53 A, Absatz 2 und 3 ZA-NTS vor. Grundsätzlich ist die „Aufsichtsbehörde der Bundeswehr und bei den Gaststreitkräften“ berechtigt, gegenüber einem Verfahrens- und Prozess-Standschaffer der Gaststreitkräfte – hier der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – behördliche Anordnungen aufgrund des Bundesimmissionsschutzgesetzes zu erlassen. Der Standschaffer müsste dann den Vertreter der Gaststreitkräfte auffordern, diese Anordnung zu befolgen. Eine Vollstreckung der rechtlich zulässigen Anordnungen scheidet aufgrund der völkerrechtlichen Immunität der Gaststreitkräfte aus.

26. Wie häufig wurden zwischen 2001 und 2010 umweltrelevante Untersuchungen/Messungen an den von ausländischen Streitkräften genutzten Liegenschaften durchgeführt?

Es wurden 35 umweltrelevante Untersuchungen durchgeführt.

- a) In wie vielen Fällen wurde eine Überschreitung der zulässigen Grenzwerte festgestellt?

In fünf Fällen.

- b) In wie vielen Fällen erfolgte eine Beseitigung der Ursache bzw. Behebung der Missstände?

Bis auf drei Fälle erfolgte eine Beseitigung der Ursache bzw. Behebung der Missstände. Zu den noch offenen Fällen werden derzeit Problemlösungen mit Vertretern der Gaststreitkräfte und anderen deutschen Behörden erarbeitet.

27. In wie vielen Fällen wurden gegen Angehörige ausländischer Streitkräfte in Deutschland Strafermittlungen aufgenommen und Anzeige erstattet (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und betroffenen Streitkräften)?

Die Bundesregierung führt keine nach Herkunftsnationen unterscheidenden Statistiken über in Deutschland geführte strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Angehörige ausländischer Streitkräfte im Allgemeinen und Angehörige der in Deutschland stationierten Truppen im Besonderen. In der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ für 2009 wurden 2 249 tatverdächtige „Stationierungsstreitkräfte und Angehörige“ registriert. Das entspricht einem Anteil von 0,10 Prozent an den insgesamt erfassten 2 187 217 Tatverdächtigen.

28. In wie vielen Fällen hat die Bundesregierung nach Artikel VII und VIII NATO-Truppenstatut sowie den entsprechenden Ausführungsbestimmungen im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, u. a. Artikel 19 ZA-NTS, darauf verzichtet, das Verfahren vor ein deutsches Gericht zu bringen?

Die Möglichkeit des Verzichts auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit kommt gemäß Artikel VII Absatz 3 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts in Betracht, soweit das zu verfolgende Verhalten sowohl nach dem Recht des Entsendestaates als auch in Deutschland als Aufnahmestaat strafbar ist. Besteht kein Verfolgungsvorrang des Entsendestaates (z. B. wegen Straftaten in Ausübung des Dienstes), so besteht grundsätzlich ein deutscher Strafverfolgungsvorrang. Soweit Deutschland gegenüber anderen Staaten (z. B. erfolgt hinsichtlich Vereinigtes Königreich, Kanada, Königreich der Niederlande und Vereinigte Staaten von Amerika) aufgrund völkerrechtlicher Vereinbarungen einen allgemeinen Verzicht auf die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit erklärt hat, können die zuständigen Staatsanwaltschaften nur dann ein Strafverfahren durchführen, wenn sie den allgemeinen Verzicht für das konkrete Verfahren zurücknehmen. Dies kann erfolgen, wenn Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit erfordern (z. B. bei Tötungsdelikten). Die Bundesregierung führt keine Statistiken über die Zahl etwaiger Verzichtserklärungen.

29. Welche Vorgaben gibt es für die Nutzung des deutschen Luftraumes durch Drohnen anderer NATO-Staaten bzw. des deutschen Territoriums

für deren Bodenstationen, und welche Genehmigungen sind hierfür erforderlich?

Der Flugbetrieb ausländischer zulassungspflichtiger unbemannter Luftfahrzeuge (ULfz)/ULfz-Systeme mit militärischer Betriebserlaubnis ist grundsätzlich nur in Luftsperrgebieten oder Gebieten mit Flugbeschränkung zugelassen. Zwingende Voraussetzung ist dabei der Nachweis der Feststellung, dass ein unbeabsichtigtes Verlassen des vorgesehenen Luftraums zuverlässig verhindert wird.

Unbemannte Luftfahrzeuge mit einem Abfluggewicht unter 5 kg, die im Sichtbereich des Bedieners bzw. der Bedienerin betrieben werden, können nach Vorlage der ausländischen militärischen Betriebserlaubnis (z. B. Kennblatt inkl. Freigabekriterien der ausländischen Behörde) nach Freigabe durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) auch außerhalb eines Luftsperrgebietes oder außerhalb von Gebieten mit Flugbeschränkung betrieben werden. Die dazu erforderlichen Nachweise sind dem BMVg vor dem Einsatz der unbemannten Luftfahrzeuge zur Prüfung vorzulegen. Zusätzlich bedarf es zum Betrieb von ULfz bei ausländischen ULfz-Führerinnen bzw. ULfz-Führern des Besitzes eines gültigen Befähigungsnachweises oder einer gültigen Erlaubnis/Berechtigung. Diese Dokumente müssen hinsichtlich der Anforderungen für den Erwerb vergleichbar mit denen von Führern und Führerinnen unbemannter Luftfahrzeuge der Bundeswehr sein. Eine Überprüfung dieser Voraussetzungen erfolgt ebenfalls durch das BMVg im Vorfeld von geplanten Einsätzen.

30. Welche Drohnen welcher NATO-Staaten haben seit 2001 den deutschen Luftraum für Flugbewegungen genutzt, und lag dafür jeweils immer eine Genehmigung vor?

Eine Nutzung des deutschen Luftraumes durch ULfz ausländischer Betreiber erfolgt derzeit nur in gesperrten Lufträumen über Truppenübungsplätzen. Nach Kenntnis des BMVg nutzen ausschließlich USA Streitkräfte mit den ULfz-Systemen Hunter, Raven und Shadow Luftsperrgebiete und Gebiete mit Flugbeschränkungen im deutschen Luftraum über Truppenübungsplätzen. Die tägliche Koordination der Nutzung oben genannter Lufträume erfolgt über die Kommandanturen der Truppenübungsplätze. Statistiken über die Anzahl der Nutzer/Flüge innerhalb dieser Lufträume werden nicht geführt.

31. Welche zivilen deutschen Flughäfen werden von NATO-Staaten für den Transport von Material und Personen für ihre Streitkräfte genutzt?

Jeder zivile deutsche Flughafen, der über entsprechende Start- und Landebahnen verfügt, kann für Flüge dieser Art durch die NATO-Partner genutzt werden.

32. In welchem Umfang wurden diese Flughäfen seit 2001 von welchen Staaten für den Transport von Material und Personal genutzt?

Die NATO-Partner verfügen über Dauerein- und Überfluggenehmigungen. Die Nutzung deutscher Flughäfen durch militärische Flüge wird auf Bundesebene nicht systematisch erfasst.

33. Welche NATO-Staaten sind im Besitz einer Dauergenehmigung für die Nutzung des deutschen Luftraums?

Alle NATO-Staaten sind in 2011 im Besitz einer Dauergenehmigung für die Nutzung des deutschen Luftraumes.

34. In wie vielen Fällen hat die Bundesregierung seit 2001 welchen Unternehmen, die im Auftrag von NATO-Staaten für den militärischen Personal- und Materialtransport den deutschen Luftraum durchqueren und Flughäfen nutzen, eine Einzelgenehmigung erteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

Genehmigungen für Ein- und Überflüge werden durch das BMVg ausschließlich den diplomatischen Vertretungen der antragstellenden Länder erteilt, in keinem Fall zivilen Unternehmen.

35. Wie wird von Seiten der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt, dass völkerrechtlich geächtete Waffen (z. B. Minen, Streumunition), bei denen sich Deutschland verpflichtet hat, selbst die Lagerung und den Transfer nicht zuzulassen, nicht von ausländischen Streitkräften hier gelagert werden oder durch Deutschland transportiert werden?

Die Bundesregierung arbeitet eng mit den Behörden der Stationierungsstreitkräfte zusammen. Die Entsendestaaten der Stationierungsstreitkräfte gehören zu den engen Verbündeten Deutschlands. Es besteht keine Veranlassung zu der Annahme, die Stationierungsstreitkräfte würden in Deutschland gegen völkerrechtliche Verträge verstoßen. Im Hinblick auf Antipersonenminen und Streumunition von fremden Stationierungsstreitkräften wären die Lagerung und die Weitergabe nur dann verboten, wenn Deutschland über diese die Hoheitsgewalt und Kontrolle ausübt. Dies ist nicht der Fall.

36. Welche Abkommen und Verträge regeln die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Territorium und wann wurden diese zwischen wem vereinbart?

Gemäß Artikel 1 des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 (BGBl. 1955 II S. 253) dürfen „Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit des Inkrafttretens dieser Abmachungen in der Bundesrepublik stationiert werden“. Das Bundesverfassungsgericht stellte hierzu in seiner Entscheidung von 1984 (BVerfGE 68,1) fest, die im Rahmen des Bündnissystems erteilte Zustimmung zur Stationierung der neuen Waffensysteme auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland halte sich im Rahmen der Ermächtigung des Zustimmungsgesetzes zum Aufenthaltsvertrag. Der Deutsche Bundestag habe im Jahre 1955 dem Vertragswerk in Kenntnis des Umstandes zugestimmt, dass taktische Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lagern.

37. Zu welchen Leistungen hat sich die Bundesregierung verpflichtet, um die Sicherheit der US-Atomwaffen in Deutschland zu gewährleisten und die Vertragsvereinbarungen zu erfüllen?

Die Informationspolitik der Bundesregierung in Bezug auf die Nuklearstreitkräfte der NATO richtet sich aus Sicherheitsgründen ganz an den Geheimhaltungsregelungen der NATO aus. Informationen zu dieser Frage können daher

im Rahmen dieser Beantwortung aus Gründen des Geheimschutzes nicht zur Verfügung gestellt werden.

38. Ist es möglich, diese Abkommen und Verträge zu beenden, und wenn ja, unter welchen Bedingungen und in welchem Zeitrahmen?

Der Aufenthaltsvertrag kann gemäß Vereinbarung vom 25. September 1990 (BGBl 1990 II S. 1390) mit einer zweijährigen Frist beendet werden. Bezüglich weiterer Vereinbarungen wird auf die Antwort zu Frage 37 verwiesen.

Beilage zur Frage 1,  
Stand: 2006**Französische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	2.413	188	2.601
Bayern	11	0	11
Berlin	1	0	1
Brandenburg	1	0	1
Hamburg	13	0	13
Niedersachsen	41	2	43
Nordrhein-Westfalen	19	1	20
Rheinland-Pfalz	1.196	29	1.225
Sachsen	1	0	1
Schleswig-Holstein	12	0	12
<b>Summe:</b>	<b>3.708</b>	<b>220</b>	<b>3.928</b>

**Belgische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	98	2	100
Nordrhein-Westfalen	96	0	96
Rheinland-Pfalz	90	0	90
<b>Summe:</b>	<b>284</b>	<b>2</b>	<b>286</b>

**Niederländische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	72	168	240
Niedersachsen	1.572	1.086	2.658
Nordrhein-Westfalen	429	412	841
Rheinland-Pfalz	100	135	235
<b>Summe:</b>	<b>2.173</b>	<b>1.801</b>	<b>3.974</b>

**Amerikanische Gaststreitkräfte -Personalstärke**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	12.774	4.520	17.294
Bayern	23.022	3.290	26.312
Berlin	0	0	0
Bremen	0	0	0
Hamburg	0	0	0
Hessen	12.522	3.149	15.671
Nordrhein-Westfalen	0	27	27
Rheinland-Pfalz	24.098	3.586	27.684
Saarland	0	0	0
<b>Summe:</b>	<b>72.416</b>	<b>14.572</b>	<b>86.988</b>

**Britische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Niedersachsen	6.784	259	7.043
Nordrhein-Westfalen	13.255	1.433	14.688
<b>Summe:</b>	<b>20.039</b>	<b>1.692</b>	<b>21.731</b>

Beilage zur Frage 1, Stand: 2009

**Französische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	2.291	178	2.469
Bayern	11	0	11
Berlin	1	0	1
Brandenburg	1	0	1
Hamburg	12	0	12
Niedersachsen	49	2	51
Nordrhein-Westfalen	30	0	30
Rheinland-Pfalz	1.171	34	1.205
Sachsen	1	0	1
Schleswig-Holstein	15	0	15
<b>Summe:</b>	<b>3.582</b>	<b>214</b>	<b>3.796</b>

**Belgische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	74	0	74
Bayern	3	0	3
Hamburg	2	0	2
Nordrhein-Westfalen	81	0	81
Rheinland-Pfalz	61	0	61
<b>Summe:</b>	<b>221</b>	<b>0</b>	<b>221</b>

**Niederländische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	72	12	84
Nordrhein-Westfalen	449	73	522
Rheinland-Pfalz	89	3	92
<b>Summe:</b>	<b>610</b>	<b>88</b>	<b>698</b>

**Amerikanische Gaststreitkräfte -Personalstärke**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Baden-Württemberg	12.346	3.040	15.386
Bayern	19.799	1.525	21.324
Berlin	2	0	2
Bremen	0	0	0
Hamburg	4	0	4
Hessen	2.841	982	3.823
Nordrhein-Westfalen	562	34	596
Rheinland-Pfalz	21.126	4.100	25.226
Saarland	0	0	0
<b>Summe:</b>	<b>56.680</b>	<b>9.681</b>	<b>66.361</b>

**Britische Gaststreitkräfte - Personalstärke -**

Bundesland	Soldaten	Ziviles Gefolge	Gesamt
Niedersachsen	4.970	327	5.297
Nordrhein-Westfalen	13.632	1.164	14.796
<b>Summe:</b>	<b>18.602</b>	<b>1.491</b>	<b>20.093</b>

Annex zu Parl Sts beim Bundes-  
minister der Verteidigung Kossendey  
1780018-V65 vom 8. April 2011

Beilage zur Frage 3  
Stand: 5. April 2011

2001

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW	29.070
Vereinigtes Königreich	BY, BB	570
Frankreich	BY, BW	1.000
Niederlande	BY, BW	3.450

2002

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW	33.280
Vereinigtes Königreich	BY, HB, SH, NI, ST, BB	8.880
Niederlande	BY, NI, ST, BB	4.500
Frankreich	BW	810
Belgien	MV, NI	350

2003

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW	17.480
Vereinigtes Königreich	BY, NI, ST, BB, BW	17.000
Niederlande	BY, SH, NI, MV, ST, BB, TH	9.700
Frankreich	BW	3.620

2004

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY	8.250
Vereinigtes Königreich	BY, BW, NI, BB, ST	23.500
Frankreich	BY, BW	5.180
Niederlande	BY, NI, BB	3.880

2005

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW	16.560
Vereinigtes Königreich	BY, NI, MV, HH, SH, BW	17.920
Niederlande	BY, SH, NI, BW	4.000
Frankreich	BW	4.065

2006

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW	16.760
Vereinigtes Königreich	BY, NI, ST, TH, BB	9.250
Frankreich	BY, BW	4.490
Niederlande	BY, NI, TH, ST, BB	4.970



2007

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW	13.920
Vereinigtes Königreich	BY, BW, SH, NI, ST, TH, BB	12.970
Frankreich	BY, ST, BB, BW	4.080
Niederlande	BY, NI, ST, BB	2.680

2008

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, TH, ST, BB, BW, RP	12.200
Vereinigtes Königreich	BY, ST, BB, NI	7.060
Frankreich	BW, ST, BB	3.560
Niederlande	RP, HE, NW, ST, BB, MV, NI	3.220
Belgien	ST, BB	48
Kroatien	RP	20
Tschechien	TH, BB	40
Finnland	BB	12
Polen	BB	40

2009

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, BW, SL, RP, HE	15.400
Vereinigtes Königreich	BY, ST, TH, BB, NI, SH, MV, NW	11.700
Niederlande	BY, ST, BB, BW, NI, RP, HE, NW	3.240
Norwegen	ST, BB	130
Frankreich	BW, SL	5.580
Polen	BB	50
Luxemburg	RP	30

2010

Staat	Bundesland	Anzahl Soldaten
Vereinigten Staaten	BY, SL, RP, HE, BW	26.780
Vereinigtes Königreich	BY, ST, BB, TH, NI, RP, NW	12.510
Frankreich	SL, RP, BW	5.350
Niederlande	ST, NI, MV, RP, HE, NW, BY	8.340
Finnland	HE	10
Schweden	HE	12

BW	Baden-Württemberg	NI	Niedersachsen
BY	Bayern	NW	Nordrhein-Westfalen
BE	Berlin	RP	Rheinland-Pfalz
BB	Brandenburg	SL	Saarland
HB	Bremen	SN	Sachsen
HH	Hamburg	ST	Sachsen-Anhalt
HE	Hessen	SH	Schleswig-Holstein
MV	Mecklenburg-Vorpommern	TH	Thüringen

Beilage zur Frage 7

2008		
TrÜbPI	Nutzerstaat	Nutzungstage
Altengrabow	GBR	59
	NLD	12
Baumholder	NLD	25
	USA	97
Bergen	BEL	4
	GBR	74
	NLD	100
Daaden	USA	5
Ehra-Lessien	FRA	6
	SVN	4
Hammelburg	FRA	16
	GBR	67
	USA	37
Heuberg	FRA	80
	USA	9
Klietz	NLD	16
Lehnin	FRA	26
	NLD	14
Lübtheen	NLD	14
Munster-Nord	NLD	30
Munster-Süd	GBR	28
	NLD	82
Oberlausitz	NLD	16
Ohrdruf	NLD	2
Putlos	DNK	6
Schwarzenborn	FIN	5
	FRA	2
	NLD	22
Wildflecken	NLD	32
	POL	2
	USA	23
L/BSchPI	Nutzerstaat	Einsätze
Nordhorn	USA	88
	NLD	14
	BEL	15

2009		
TrÜbPI	Nutzerstaat	Nutzungstage
Altengrabow	NLD	23
Baumholder	NLD	15
	USA	151
Bergen	BEL	27
	GBR	34
	NLD	110
	SGP	73
Hammelburg	FRA	30
	GBR	14
	NLD	12
	USA	10
Heuberg	FRA	9
Klietz	NLD	11
Lehnin	FRA	15
	SVN	2
	USA	16
Munster-Nord	NLD	58
Munster-Süd	BEL	7
	DNK	1
	GBR	40
	NLD	89
Oberlausitz	NLD	16
Ohrdruf	NLD	19
Putlos	NLD	23
Schwarzenborn	NLD	34
Wildflecken	NLD	56
	SVN	58
	USA	15
L/BSchPI	Nutzerstaat	Einsätze
Nordhorn	USA	59
	NLD	2
	BEL	6

2010		
TrÜbPI	Nutzerstaat	Nutzungstage
Altengrabow	NLD	41
	USA	12
Baumholder	NLD	5
	USA	190
Bergen	BEL	18
	DNK	5
	GBR	26
	NLD	108
	SGP	64
Hammelburg	FRA	12
	NLD	11
	SWE	8
	USA	3
Heuberg	FRA	28
	USA	3
Klietz	NLD	11
Lehnin	USA	8
Munster-Nord	NLD	52
Munster-Süd	NLD	98
Oberlausitz	NLD	17
Ohrdruf	NLD	19
Putlos	DNK	5
	NLD	9
Schwarzenborn	NLD	27
Todendorf	HUN	11
	NLD	5
Wildflecken	NLD	40
	USA	21
L/BSchPI	Nutzerstaat	Einsätze
Nordhorn	USA	11
	NLD	13
	BEL	26

Beilage zur Frage 9  
Stand: 5. April 2011

Streitkraft	2001 T€	2002 T€	2003 T€	2004 T€	2005 T€	2006 T€	2007 T€	2008 T€	2009 T€	2010 (geschätzt) T€	Gesamt T€
USA	60.179	61.710	70.155	79.011	49.970	66.178	49.668	55.211	56.829	57.720	<b>606.631</b>
GBR	19.244	19.734	22.434	25.266	15.980	21.163	15.883	17.655	18.173	18.458	<b>193.990</b>
FRA	1.142	1.171	1.331	1.499	948	1.255	942	1.047	1.078	1.095	<b>11.508</b>
NLD	326	334	380	428	271	359	269	299	308	313	<b>3.287</b>
BEL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>
CAN	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>
HQ	652	669	760	856	542	717	538	598	616	626	<b>6.574</b>
gesamt/Jahr T€	<b>81.543</b>	<b>83.618</b>	<b>95.060</b>	<b>107.060</b>	<b>67.711</b>	<b>89.672</b>	<b>67.300</b>	<b>74.810</b>	<b>77.004</b>	<b>78.212</b>	<b>821.990</b>

